

Vom Mangel zur Fülle

Das Grundeinkommen als Richtungsforderung

Möglichkeit und Notwendigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens sind vielfältig an anderer Stelle erörtert worden. Mir wurde hier die Aufgabe gestellt etwas über die Rolle und Bedeutung einer solchen Forderung in der politischen Auseinandersetzung, im sozialen Kampf zu sagen.

Bürgerliche Volkswirtschaft begreift jegliche Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Das ist keineswegs reine Ideologie in dem Sinne, dass genug da wäre, was man nur verteilen muss. Selbstverständlich reicht der heute produzierte materielle Reichtum aus, um im Prinzip allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Aber seine Verteilung ist nicht willkürlich, sondern folgt den Notwendigkeiten einer kapitalistischen Produktionsordnung, also den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Kapitalverwertung. Deshalb könnte, selbst die entsprechenden politischen und sozialen Macht- und Mehrheitsverhältnisse vorausgesetzt, diese Verteilung auch nicht willkürlich geändert werden. Wir haben es mit einem Problem der Produktionsverhältnisse, der Art und Weise, wie Gesellschaft hergestellt wird und wie sie den Zugang zum allgemeinen Reichtum regelt zu tun und nicht lediglich damit, wie dieser verteilt wird. Unter den gegebenen Umständen kann Verteilung immer nur so organisiert sein, dass einige zu viel, manche gerade genug und viele zu wenig oder gar nichts haben. Im Kapitalismus ist Reichtum immer nur durch und mit Armut möglich.

Und dennoch ist es eine ideologische Aussage, mitten in einer Welt des objektiv vorhandenen Überflusses den Subjekten den gnadenlosen Kampf um ein winziges Stück an der Beute als einzige (Über)Lebensmöglichkeit anzudienen. Die materiellen Grundlagen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung, der Stand von Wissenschaft und Produktivität lassen selbstverständlich eine Ökonomie möglich erscheinen, in der tatsächlich genug für alle da ist. Wer also darauf besteht, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am allgemeinen Reichtum ein Menschenrecht ist, das man sich nicht verdienen muss, das nicht abhängig sein darf von Arbeit oder Wohlverhalten und Anpassung, zielt mit dieser Aussage mitten in den Kern des theoretischen und praktischen Selbstverständnisses der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft. Die Forderung nach einem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen nimmt die ideologische Auseinandersetzung mit dem Gegner am zentralen Punkt auf und an. Sie setzt dem Diskurs des Mangels einen Diskurs der Fülle entgegen, dem scheinbaren Zwang, den blinden ökonomischen Gesetzen zu folgen, die gesellschaftlich vermittelte freie Entscheidung der Einzelnen, der Markt- und Standortkonkurrenz die gemeinschaftliche Verwaltung der gemeinschaftlich produzierten Güter.

Wer also sagt, es ist genug für alle da und wir wollen das auch haben, einfach so, nur weil wir Menschen sind, erhebt einen Anspruch auf das in der toten Arbeit angehäufte Wissen vergangener Generationen und sagt, das gehört mir so gut wie denen, die es aktuell besitzen und zur Verwertung ihres Kapitals von lebendiger Arbeit aktivieren lassen. Er stellt damit diese Produktionsverhältnisse ebenso in Frage wie die zentrale Verteilungslogik (Reichtum nur durch und mit Armut) im Kapitalismus. Und zwar schon ohne das ausdrücklich zu sagen oder auch nur zu wissen oder zu wollen.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zielt immer über die bestehende kapitalistische Gesellschaft hinaus. Das soll nicht heißen, dass es keine Modelle eines solchen Einkommens gäbe, die nicht systemimmanent wären. Die gibt es. Einige davon

sind ausgesprochen neoliberal und den aktuellen VerfechterInnen der Forderung fällt es oft schwer da Abgrenzungen zu finden. Die in der FDP propagierte Vorstellung etwa, sämtliche Sozialtransfers einzustellen und dafür jeder Bürgerin und jedem Bürger einen Betrag von sagen wir 400 Euro monatlich in die Hand zu drücken und sie damit dann alleine zu lassen, hat mit tatsächlicher Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum nichts zu tun. Eine solche Lösung verstärkt im Gegenteil die Marktdynamik und erhöht den Zwang auf die Individuen, zum Überleben Erwerbsarbeit ausüben zu müssen. Erst da, wo ein solches Grundeinkommen existenzsichernd wäre, gewinnt es seine emanzipatorische Dynamik. Die Grenze ist fließend, es lassen sich keine Beträge oder formalen Kriterien angeben. Das ist nicht verwunderlich und entspricht dem, was die Individuen auch andernorts beim „Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft“ erleben: Das kann sowohl bedeuten, dass unter völlig prekarierten Lebensverhältnissen sogar das „Recht“ auf Ausgebeutetwerden verloren gegangen ist als auch, dass Wege des Lebens jenseits von Markt und Arbeitsvergesellschaftung gefunden wurden.

Aber auch existenzsichernde Grundeinkommen sind nicht von vorne herein mit dem Kapitalismus unvereinbar. Gegenwärtig befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland und anderswo mehrere, z. T. exakt durchgerechnete Modelle in der Diskussion, die grundsätzlich umsetzbar wären, ohne die Produktionsverhältnisse ernsthaft zu tangieren. Es wären ganz allgemein durchaus politische Situationen denkbar, in denen auch zumindest Teile des Herrschaftsapparats ein Interesse daran haben könnten solche Regelungen zu verwirklichen. Die könnten durchaus auch integrative Wirkungen haben, könnten eskalierende soziale Konflikte dämpfen. Solche Verhältnisse starker gesellschaftlicher Mobilisierung und deutlicher Systemalternative sind allerdings heute weit und breit nicht sichtbar. Heute gibt es kaum je ernsthafte Abwehrkämpfe gegen weitere soziale Raubzüge und wenn doch, werden sie eher verloren. Deshalb ist es heute eine müßige Spekulation, von einer möglichen Stabilisierung des Kapitalismus durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu reden.

Keineswegs müßig ist dagegen der Hinweis, dass es wenig Grund zu der Annahme gibt, dass die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus eine solche Befriedungsstrategie je wieder hergeben dürfte. War es immer schon für das Einzelkapital ungewiss, ob seine Verwertung gelingt, so sind die Anzeichen dafür, dass dies zunehmend für das Gesamtkapital prekär wird, ja inzwischen auch für keineswegs wertkritische Teile der Linken durchaus sichtbar. Lösungen, die mit hohen Sozialtransfers Wohlverhalten erkaufen, wären also bestenfalls noch räumlich und auf die Personengruppen bezogen eng umgrenzt denkbar. Eine solche Regelung wäre moralisch kaum zu begründen. Aber darüber hinaus ist die umfassende Perspektive einer Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen eine Frage, die die moralische Dimension weit übersteigt und die politisch-strategische Qualität hat. Wenn es gelingen würde, eine solche Forderung so zu etablieren, dass sie wirklich alle Menschen meint, hier alle die hier sind und international alle in ihren Gesellschaften, dann hätten wir eine Position gewonnen, die für die Gegenseite praktisch kaum integrierbar und moralisch nicht angreifbar wäre. Das ist der Linken nicht mehr gelungen, seit sie die scheinbare Dichotomie zwischen Freiheit und Gerechtigkeit akzeptiert hat.

Die internationalistische Perspektive einer Grundeinkommensforderung ist allerdings nicht nur in moralischer und strategischer Hinsicht notwendig, sondern auch in ökonomischer. Es kann angesichts des existierenden Weltmarktes keine nationalen Lösungen grundsätzlicher sozialer Probleme mehr geben. Die nationalen Spielräume sind keineswegs einfach gleich Null, wie es Regierungen manchmal in leicht durchschaubarer Absicht behaupten. In einer ganzen Reihe von Fragen sind nationale Regelungen durchaus denkbar: Es gibt keine Notwendigkeit, genau Hartz IV und Arbeitslosengeld II einzuführen, nur weil die Strategie

von Lissabon vorschlägt, innerhalb der EU die Arbeitsmärkte zu deregulieren. Aber im Rahmen weltweiter Konkurrenz ist eine irgendwie geartete Deregulierung der Arbeitsmärkte tatsächlich unvermeidlich. Die Grenze zwischen Prekarisierung und sozialer Sicherung bleibt sicherlich umstritten, wird aber im globalen Kapitalismus nicht zufällig, sondern systematisch in Richtung Prekarität verschoben. In dieses Kräfteverhältnis greift selbstverständlich auch jeder isolierte Kampf ein, halbwegs dauerhafte Lösungen können aber nur noch auf der Ebene erkämpft werden, auf der die Probleme begründet liegen, also gegen den globalen Kapitalismus.

Deshalb sind auch alle Versuche illusionär, mit Mitteln und Zielen der alten Arbeiterbewegung neue Kraft zu gewinnen. Ihr Erfolg in den kapitalistischen Sozialstaaten bestand in der Vergangenheit ja darin, dass sie einen gewissen Anteil am Mehrwert erkämpft (z. T. über staatliche Umverteilung organisiert) und dafür mehr oder weniger weitgehenden Verzicht auf grundsätzliche Opposition geübt hat. Das konnte aus Sicht der unmittelbar Betroffenen sinnvoll erscheinen, hatten sie doch materiell greifbare Ergebnisse in der Hand. Und auch für die Kapitaleseite rechnete sich das, weil die Steigerung der Produktivität reibungsloser vonstatten ging. Dieser Handel ist heute nicht mehr möglich. Er scheitert an der Tatsache, dass eine solche Lösung heute kaum noch regional begrenzt wäre, international aber für das Kapital nicht bezahlbar ist. Und zwar vor allem deshalb nicht, weil es die Verwertungsschwierigkeiten im globalen Maßstab nicht überwinden kann.

Dennoch ist es genau diese politische Strömung, die klassische Arbeiterbewegung in all ihren Facetten, die sich mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen am schwersten tut. Dabei gibt es aus ihren Reihen einige durchaus bedenkenswerte Einwände, wenn man die Forderung als eine realpolitische, für den Augenblick zur Verwirklichung anstehende betrachtet. Sollte tatsächlich heute ein Grundeinkommen eingeführt werden, so müsste man wirklich darauf achten, dass es nicht als reine Niedriglohnsubvention wirkt. Gewerkschaften weisen zu recht darauf hin, dass ohne den organisierten Druck das Niveau der erreichten Sicherung nicht gehalten werden kann und dass ein solcher Druck gegen den Staat, der ein Grundeinkommen gewährt, ja genau durch ein solches abgebaut würde. Sie vergessen allerdings darauf hinzuweisen, dass sie die tarifliche Mindestsicherung auch schon längst nicht mehr aufrecht erhalten können. Richtig ist auch der Hinweis, dass man leicht in die Situation kommen könnte, vorhandene nicht zufriedenstellende Regelungen zwar aufzugeben, dafür aber keine besseren, sondern schlechtere zu bekommen. Wenn etwa vorgeschlagen wird, ein Grundeinkommen aus einer Art zweckgebundener Steuer zu finanzieren und dafür die Arbeitgeberbeiträge aufzugeben, so könnte man das Letztere durchaus durchsetzen, auf Ersteres aber unter Umständen lange warten. Wer eine Umsetzungsstrategie für ein bedingungsloses Grundeinkommen entwerfen will, muss sich mit solchen Einwänden beschäftigen.

Nun ist das nicht so sehr mein Interesse. Ich hatte vielmehr schon gesagt, dass es mir der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen um die Annahme der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kern des Neoliberalismus geht. Und genau in diesem Kern befindet sich auch der Kern der Abneigung traditioneller Arbeiterbewegung gegen das bedingungslose Grundeinkommen. Hier geht es um die Arbeitsvergesellschaftung: „Dann würde ja niemand mehr arbeiten“, ist der allgemeine Einwand. Und hier ist durchaus spontan gemeint, was auch WertkritikerInnen „Arbeit“ nennen würden, nämlich Produktion von Gütern im Kapitalismus, Umformung von vorhandenem und Schaffung von neuem Wert durch Verausgabung eigener Arbeitskraft. Die Abschaffung oder auch nur Infragestellung dessen ist eine Schreckvorstellung für viele. Dabei haben manche wirklich „nur“ das Problem, dass sie darauf beharren wollen, dass jede Gesellschaft die Produktion und Reproduktion des

allgemeinen Reichtums organisieren muss. Die kann man leicht beruhigen: Ja, das muss man. Und die Wahrscheinlichkeit ist ihnen oft ganz leicht zu vermitteln, dass Menschen, die nicht per Armut, Repression, Elend gezwungen werden, täglich einer stumpfsinnigen oder gehassten Tätigkeit nachzugehen, um so produktiver, kreativer, aktiver sein würden. Schon lange vor dem Ende des Kapitalismus würde ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen den Charakter der Arbeit in ihrem alltäglichen Vollzug verändern. Wenn ich mich nicht mehr für jeden Scheißjob verkaufen muss, weil ich auch anders leben kann, dann mache ich auch nicht mehr jeden Scheißjob. Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, all das würde reagieren müssen.

Schwieriger ist die Auseinandersetzung mit den Apologeten der Arbeit als Arbeit. Da wird betont, dass das Lohnarbeitsverhältnis im Kapitalismus zentral ist und bleibt (was stimmt), dass deshalb auch aus ihm abgeleitet soziale Sicherheit hergestellt werden muss (was zu beweisen wäre) und dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein Bruch mit diesem Prinzip wäre (was auch stimmt). Und genau da liegt dann die Differenz: Was die einen festhalten wollen, wollen die anderen überwinden.

Das ist nicht etwa eine willkürliche Entscheidung oder eine des politischen Geschmacks. Es ist eine Notwendigkeit. Selbst wenn wir gegen jede Einsicht unterstellen würden, der Kapitalismus gewänne global Verteilungsspielräume zurück, wie er sie in der fordistischen Phase in den Kernländern hatte, könnten wir den herkömmlichen Sozialstaat nicht mehr wollen. Damit es keine Missverständnisse gibt: Jede einzelne noch so kleine Sicherheit, die Menschen heute irgendwo sozialstaatlich haben, ist es erst mal wert, festgehalten zu werden. Ich plädiere nicht dafür, einfach alles herzugeben, wo uns auch noch was Besseres einfallen könnte. Aber der Sozialstaat war ein Staat des organisierten Ausschlusses aller, die sich nicht unmittelbar dem Arbeitsregime unterwerfen. Es hat nicht zufällig und nicht nur kurzzeitig, sondern weltweit und von Anfang an, Revolten und Kämpfe gegen ihn gegeben. Viele haben freiwillig die Prekarität aufgesucht und damit indirekt dem Aufstieg des Neoliberalismus genützt, manche sind offen zu ihm übergegangen, als sie die eigenen Träume davonschwimmen sahen. Hinter diese linke Kritik am Sozialstaat sollten wir nicht nur nicht mehr zurück, es gibt auch keinen Weg mehr dahin. Eine neue, emanzipatorische Gesellschaft wird ihren Weg durch die Prekarität der heutigen Lebensverhältnisse hindurch finden müssen. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zeigt einen Weg dahin. Sie ermöglicht es auf diesem Weg allerlei Gefährten zu treffen und ein Stück mitzunehmen. Sie hilft auch dazu, konkrete Schritte angeben zu können, was hier und jetzt vielleicht schon sinnvoll verwirklicht werden könnte.

Damit ist sie nicht nur eine Richtungsforderung, die aus dem Heute in die Überwindung des Kapitalismus verweist, ohne dass antikapitalistische Gesinnung zur Bedingung der Zusammenarbeit erhoben würde. Sie identifiziert auch Inhalte und Objekte möglicher Kämpfe. Wenn Joachim Hirsch und andere vorschlagen, ein Grundeinkommen wesentlich als kostenlose öffentliche Infrastruktur zu denken, von Wohnung über Transport bis zu Gesundheitswesen und Bildung, dann geben sie damit eine Vielzahl von Bereichen möglicher gesellschaftlicher Auseinandersetzung an. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen führt so aus der hilflosen Fixierung auf den Appell an den Staat heraus und eröffnet Perspektiven auf Kämpfe um unmittelbarer Aneignung, ohne dabei den Staat völlig aus der Verantwortung zu entlassen.